



Der Oslo Prozess und die zweite Intifada

George Szpiro

(Israel Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung)

Der "Oslo Prozess" – benannt nach dem Ort, wo die ersten direkten, damals noch geheim gehaltenen Verhandlungen zwischen Israeli und Palästinensern stattfanden – ist Teil der allgemeinen Bemühungen Israels mit allen Nachbarn Frieden zu schliessen. Der Oslo Prozess betrifft die Beziehungen zu den Palästinensern. Er besteht nicht nur aus einer Sammlung von Verträgen, sondern stellt eine neue Denkweise dar. Der Oslo-Prozess begann in den frühen 90er-Jahren. Zehn Jahre später, im Februar 2001, fünf Monate nach Ausbruch der zweiten Intifada wurde er von Kassandrarufern totgesagt. Seine Zukunft ist unsicher.

Vor Beginn des sog. Oslo Prozesses waren die Palästinenser ein besitzloses Volk, das nichts zu verlieren hatte. Sein Schicksal unterlag dem Gutdünken der Besatzer. Dies sollte sich durch den Oslo Prozess grundlegend ändern. Die Leitidee war, dass durch eine graduelle Annäherung zwischen den beiden Völkern die Grundlagen für ein friedliches Nebeneinander geschaffen würden. Durch die graduelle Übertragung ziviler Verantwortungen über das palästinensische Territorium und die palästinensische Bevölkerung kämen die Palästinenser zu einem Besitz, dessen Verlust sie schmerzen würde. Palästinensische Sicherheitskräfte sollten auf dem eigenen Gebiet für Recht und Ordnung sorgen, und dabei Israel vor Terror und Gewalt bewahren.

Eine mehrjährige Übergangsperiode würde die Grundlage für eine endgültige Lösung des Konflikts schaffen. Die schwierigsten Fragen – der Status von Jerusalem und das Los der palästinensischen Flüchtlinge – wurden bewusst auf später verschoben, in der Annahme, dass sie leichter zu lösen sein würden, sobald einmal gutnachbarliche Beziehungen bestünden.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Der Prozess begann in Norwegen mit Geheimverhandlungen zwischen den israelischen Akademikern Yair Hirschfeld und Ron Pundak und dem Direktor der palästinensischen Wirtschaftsabteilung Abu Ala (Achmed Kurei). Norwegische Akademiker und Politiker (u.a. **Terje Larsen**, Aussenminister **Johan Jorgen Holst** sowie ihre Ehefrauen) dienten als Vermittler. Später erhielten die immer noch geheimen Gespräche durch die Teilnahme des Generaldirektors des israelischen Aussenministeriums, Uri Savir, offiziellen Charakter. (siehe auch: [THE OSLO CHANNEL by Carter Center](#) und [The Oslo Peace Process through Three Lenses Michael Rubner](#))

Es folgte eine Periode der Hoffnung und des Aufbaus halbstaatlicher Strukturen in den palästinensischen Gebieten, die zu einer relativen Prosperität in Cisjordanien und dem Gazastreifen führten. Es kam zu vermehrten wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kontakten zwischen Israel und den Palästinensern.

Rabins Ermordung leitete eine Periode ein, die im Juli 2000 mit den erfolglosen Verhandlungen in [Camp David](#) unter der Schirmherrschaft von Präsident Bill Clinton zu Ende ging. Dort wäre der israelische Premierminister Ehud Barak zu weitgehenden territorialen und politischen Zugeständnissen bereit gewesen, die aber von Arafat abgelehnt wurden. Im Oktober des gleichen Jahres brach die zweite [Intifada](#) aus, was das Ende des Oslo-Prozesses bedeutete. Verschiedene Initiativen (von US Senator Mitchell, [CIA Direktor Tenet](#), [General Zinni](#), [Roadmap](#)), welche alle die von Hoffnungslosigkeit, sinnloser Gewalt und vor allem endlosem Blutvergiessen gekennzeichnete 2. Intifada beenden wollten, verliefen ergebnislos. Bis November 2003 waren auf beiden Seiten insgesamt 3500 Opfer zu beklagen.



TATSACHEN

Der „Oslo-Prozess“ ist nicht nur eine Sammlung von Verträgen, sondern stellt eine neue Denkweise dar, bei der zuerst eine vertrauensbildende Phase vorgesehen war und die umstrittensten Fragen auf später verschoben wurden.

Der Prozess begann am 30. Oktober 1991 (Madrid): [Konferenz von Madrid](#)

- Konferenz unter amerikanischer und russischer Schirmherrschaft.
- Aufnahme des bilateralen Friedensprozesses mit den Palästinensern in zwei Stadien:

(A) Interimslösungen

13. September 1993 (Washington): [Grundsatzerklärung](#) über interimistische Selbstverwaltung

- Handschlag zwischen Rabin und Arafat
- Abkommen über die Prinzipien für eine fünfjährige Interimsperiode
- Aufnahme von Verhandlungen über die definitive Lösung des Konflikts

29. April 1994 (Paris): [Protokoll](#) über wirtschaftliche Beziehungen

- Schaffung der Grundlagen für eine gesunde palästinensische Wirtschaft.

4. Mai 1994 (Kairo): [Gaza-Jericho](#) Abkommen

- Entlassung des Gazastreifens sowie ein etwa 65 km² grosses Gebiet um Jericho in die palästinensische Autonomie

28. September 1995 (Washington): [Interimsabkommen](#) über Cisjordanien und den Gazastreifen

- Erweiterung des Aufgabenbereich der PA in Cisjordanien
- Abkommen über die Wahl eines palästinensischen Parlaments
- Abzug israelischer Truppen aus 6 Städten und 450 Ortschaften und Dörfern
- Unterteilung der cisjordanischen Gebiete in die Zonen A, B und C



17. Januar 1997 (Jerusalem): [Protokoll](#) über Truppenabzug in [Hebron](#)

- Unterteilung von Hebron in:
 - o [Zone H1](#) (ca. 80%), in der die Palästinenser autonom sein werden
 - o [Zone H2](#) (ca. 20%), wo die jüdischen Enklaven mit ungefähr 400 Siedlern liegen (in Zone H2 blieb Israel für die Sicherheit verantwortlich)

23. Oktober 1998: [Wye River](#) Memorandum

- Bestätigung der Verpflichtungen aus dem Interimsabkommen.

4. September 1999: [Sharm El-Sheich](#) Memorandum

- Alle Streitigkeiten müssen auf dem Verhandlungswege gelöst werden.

(B) Versuche zu einer permanenten Lösung

5. Mai 1996 (Taba): Beginn der Verhandlungen über den [permanenten Status](#)

- Grundlage: UNO-Resolutionen [242](#) und [338](#).
- wichtigstes Anliegen Israels: Die Bekämpfung des Terrors

13. September 1999 (Erez): Wiederaufnahme der [Verhandlungen](#)

- Erste Verhandlung über [permanenten Status](#) in der Amtszeit von Ehud Barak

25. Juli 2000 (Camp David): [Misslungener Versuch](#) an dem die beiden umstrittensten Themen des Konflikts

- die Stadt Jerusalem
- die palästinensischen Flüchtlinge

zur Sprache kamen. Barak war angeblich zu weitgehenden territorialen und politischen [Zugeständnissen](#) bereit, die Arafat jedoch ablehnte, ohne selbst Alternativvorschläge einzubringen. [Robert Malley](#), (ein Assistent von Präsident Clinton) vertritt eine [andere Ansicht](#) der damaligen Gespräche.)

27. Januar 2001 (Taba): ernsthafte [Verhandlungen](#) (letztmals mit der Regierung Barak) nach denen Israeli und Palästinenser bestätigen: „**wir waren einer Einigung noch nie so nahe.**“ Die verbleibende Zeit bis zu den damals anstehenden israelischen Wahlen reichte nicht mehr, um unterschriftsreife Dokumente zu erarbeiten



(C) Die zweite Intifada

28. September 2000: Ariel Sharons Besuch auf dem Tempelberg

- Ausbruch der [2. Intifada](#)
- Ende des Oslo Prozesses?

Oktober 2000: ernsthafte [Zusammenstösse](#) mit israelischen Arabern in Nordisrael:

- die israelische Polizei erschiesst zwölf israelische Araber und einen Palästinenser (ein im September 2003 veröffentlichter [Bericht einer israelischen Untersuchungskommission: Orr-Kommission](#) – stellt gravierende Fehler der damaligen Verantwortlichen bei Polizei und politischen Behörden fest)

6. Februar 2001: Macht-Wechsel zu Likud in Israel

- Ariel Sharon gewinnt die [Wahlen](#) und wird [Ministerpräsident](#)
- Bildung einer Regierung der nationalen Einheit u.a. mit [Binjamin Ben-Eliezer](#) (Arbeiterpartei) als Verteidigungsminister.

Mai 2001: Mitchell-Bericht

- Der [Untersuchungsbericht](#) einer internationalen Kommission unter Vorsitz des früheren amerikanischen Senators George Mitchell über die Ursachen der Intifada kritisiert die palästinensische Gewalt und die israelische Siedlungspolitik.

Juni 2001: Tenet-Waffenstillstands-Abkommen

- CIA Direktor George Tenet arbeitet aufgrund des Mitchell-Berichts ein [Waffenstillstandsabkommen](#) aus, das die prinzipielle Zustimmung beider Seiten findet, aber missachtet wurde.

3. Januar 2002: Die Schmuggelboot Affäre Karine A

- Die israelische Marine stoppt im Roten Meer [Karine A](#), ein Schmuggelschiff mit 50 Tonnen [Waffen](#)
- Die Fracht war für Empfänger im Gazastreifen bestimmt. Israel legt [Beweise](#) vor, die zeigen, dass Arafat und seine PA die Auftraggeber des [Schmuggelboots](#) waren.



Februar 2002: Saudische [Friedensinitiative](#)

- Am Gipfel der arabischen Liga in Beirut stellt Prinz Saud die Anerkennung des Staates Israel durch alle arabischen Staaten in Aussicht.

April/Mai 2002: Operation "[Defensive Shield](#)"

- Als Folge zahlreicher Anschläge auf zivile Ziele in Israel, insbesondere des [Attentats](#) auf ein Hotel in Netanya welches im März 2002 während des Pessachfestes 30 Tote forderte, besetzt die israelische Armee die zuvor geräumten palästinensischen Städte Cisjordaniens und führt radikale Aktionen gegen bekannte Terrornester aus.
- Arafat wird von der Armee in Ramallah in der Mukhata unter [Hausarrest](#) gesetzt.
- beim Einmarsch in die Stadt Jenin stossen die israelischen Truppen auf unerwartete Schwierigkeiten: die Medienberichte, laut denen die [Armee](#) in Jenin ein [Massaker](#) angerichtet haben soll, stellen sich schliesslich als unbegründet und falsch heraus

Juli 2002: Bau-Beginn der Mauer/Zaun

- Ein [Schutzwall](#) der Israel von Cisjordanien trennen und Infiltrationen von Terroristen verhindern soll
- Ministerpräsident Sharon versucht, so viele [Siedlungen](#) wie möglich innerhalb des Sicherheitszaunes zu bringen, dessen Verlauf deshalb an vielen Stellen [östlich](#) der [grünen Linie](#) verläuft und palästinensischen Landwirten den Zugang zu ihren Feldern erschwert oder verunmöglicht.
- Im Sommer 2003 verursacht der Bau und der Verlauf des Schutzwalles ernsthafte [Differenzen zwischen Israel und den USA](#)

Oktober 2002: Regierungskrise: Arbeitspartei verlässt die Regierung

28. Januar 2003: [Wahlen in Israel](#)

- Sharon bleibt Ministerpräsident
- Likud wird mit 38 Sitzen die stärkste Partei in der Knesset.
- Die Arbeitspartei erhält mit ihrem neuen Führer [Amram Mitzna](#) nur 19 Sitze
- Mitzna zieht sich aus der nationalen Politik zurück (Juni 2003: [Shimon Peres](#) übernimmt interimistisch die Führung der Arbeitspartei)



Februar 2003: Geheimgespräch Sharons mit dem Vorsitzenden des palästinensischen Parlaments, [Ahmad Kurei](#) (Abu Ala). Sharon verlangte ein [Ende der Gewalt](#) und offerierte einen Truppenrückzug

April 2003: Lancierung der Roadmap: international abgestützte US-Friedensinitiative:

- USA, EU, Russland und die UNO präsentieren unter dem Name [Roadmap](#) eine neue Friedensinitiative:
 - Israel muss seine Siedlungsaktivitäten einfrieren
 - die Palästinenser müssen dem Terror ein Ende setzen
 - bis Ende 2005 Gründung eines palästinensischen Staates mit vorläufigen Grenzen
 - bis 2005 sollte der permanente Status ausgehandelt werden

Mai 2003: Arafat ernennt Ministerpräsidenten

- Auf Drängen der Amerikaner und der Europäer wird [Mahmud Abbas](#) (Abu Mazen) zum [palästinensischen Ministerpräsidenten](#) gewählt.
- Abu Mazen [trifft](#) sich [mehrmals](#) mit Sharon. Der israelische Ministerpräsident lässt durchblicken, dass er zu [schmerzhaften Konzessionen](#) bereit sei

4. Juni 2003: Israelisch-palästinensisches [Gipfeltreffen](#) in Akaba:

- Sharon und Abbas verpflichten sich im Beisein von George Bush, den Friedensprozess voranzutreiben. Sehr zum Missfallen der Israeli, versucht Abbas mit den palästinensischen Extremisten einen Waffenstillstand ([Hudna](#)) auszuhandeln, statt sie zu entwaffnen.

September 2003: Ayalon-Nusseibe Initiative: "The Peoples' Voice"

- Der palästinensische Philosophieprofessor und Präsident der Jerusalemer AL-Kuds-Universität [Sari Nusseibe](#) lanciert gemeinsam mit dem ehemaligen Chef des israelischen Geheimdienstes Admiral (a.D.) [Ami Ayalon](#) eine [Friedens-Initiative](#)
- [Zweistaatenlösung](#) mit weitgehenden territorialem Verzicht Israels
- palästinensischer Verzicht auf das Rückkehrrecht
- von über 80'000 Israeli und 50'000 Palästinenser unterzeichnet (Stand November 2003)

September 2003 palästinensische Regierungs-Krise:



- nach einem Misstrauensvotum treten alle Minister in Arafats Kabinett [kollektiv zurück](#).

6. September 2003: [Rücktritt](#) von Mahmud Abbas.

- In seiner Rücktrittsrede beschuldigt Abbas, Israel und die Vereinigten Staaten, Abmachungen nicht eingehalten und seine Friedensbemühungen hintertrieben zu haben
- Abbas beklagt sich über Arafats Obstruktion vereinbarter Massnahmen im Sicherheitsbereich.

Oktober 2003: Ankündigung des [Geneva-Plan](#):

- [Yossi Beilin](#), der im Juni 2002 die Bewegung [Shahar](#) gegründet hat, [präsentiert](#) zusammen mit Avraham Burg (ehemaliger Knesset Vorsitzender) und dem ehemaligen palästinensischen Informationsminister [Yasser Abed Rabbo](#), einen detailliert ausgearbeiteten Entwurf für ein Friedensabkommen zwischen Israel und den Palästinensern.
- Der Geneva Plan kam mit finanzieller und logistischer Unterstützung Schweizer Friedensforscher, Akademiker und Diplomaten zu Stande.
- Das Dokument wurde am 1. Dezember 2003 als [Genfer Abkommen](#) in der Schweiz im Beisein internationaler Prominenz der Weltöffentlichkeit präsentiert. In seinem Schlusswort betonte Yossi Beilin damals, dass die Initiative nicht ein Ersatz für die Road Map sondern deren Vervollständigung sei. Sie spreche die praktischen Details an, mit denen sich die beiden Seiten früher oder später befassen müssten.

(In den drei Jahren zwischen Oktober 2000 und Oktober 2003 hat die 2. Intifada über 900 [israelische Opfer](#) und 2600 [palästinensische Opfer](#) gefordert.)



ARGUMENTE

Israel hat nicht genügend palästinensische Gefangene freigelassen

¶ Anfänglich sollten Gefangene, die Blut an den Händen haben oder ihre Terrorakte nach September 1993 (Grundsatzerklärung) verübten, keinesfalls auf freien Fuss gesetzt werden. Später lockerte Israel diese Einschränkung dahingehend, dass bloss Terroristen, die jüdisches Blut an den Händen haben, nicht in den Genuss einer Begnadigung kommen könnten. Laut israelischen Angaben gibt es nicht genügend Verhaftete, welche die Kriterien für eine Begnadigung erfüllen. Diese Erklärung wird von den Palästinensern nicht akzeptiert.

¶ Die Palästinenser ihrerseits lassen Extremisten und gesuchte Terroristen in den autonomen Gebieten frei gewähren. Wurden Verdächtige nach beharrlichen Vorhaltungen der Amerikaner oder der Israeli trotzdem verhaftet, so kamen sie jeweils nach kurzer Zeit wieder frei (Politik der „Drehtüre“).

Der Ostteil der Stadt Jerusalem gehört den Palästinensern

¶ Laut dem Teilungsbeschluss der UNO (Resolution [181](#) aus dem Jahre 1947) hätte Jerusalem nicht unter israelische Herrschaft fallen, sondern eine internationalisierte Stadt (Corpus separatum) werden sollen. Aber laut der gleichen Resolution, hätte auch Bethlehem, die Geburtsstadt von Jesus, in dem Corpus separatum enthalten sein sollten. Als Bethlehem in die palästinensische Autonomie entlassen wurde, protestierte niemand dagegen (auch die katholische Kirche nicht).

¶ Jerusalem ist nach Mekka und Medina bloss die [drittheiligste Stadt des Islam](#). Sie galt den Moslems nie als besonders wichtig. (Andererseits hielt seinerzeit auch Herzl nicht viel von der Stadt.)

Der Ostteil der Stadt Jerusalem gehört den Palästinensern (Fortsetzung)

¶ Barak war im Sommer 2000 bereit, [Abu Dis](#), eine palästinensische Ortschaft an der Grenze zu Jerusalem, in die Autonomie zu entlassen. (Die PA hatte in Abu Dis ein imposantes Gebäude erstellt, von dem vermutet wurde, dass es dereinst als Sitz des Parlaments dienen sollte.) Die Übergabe wurde durch Unruhen in den Palästinensergebieten verhindert. In Camp David und in Taba wurde eine teilweise Abtretung des Ostteils der Stadt und eine Übergabe der Verwaltung erwogen. Weitere Verhandlungen zur Überbrückung der Differenzen wurden von den Palästinensern abgelehnt.



Jüdische Siedler in Hebron stellen eine Provokation dar

¶ Juden waren seit byzantinischen Zeiten in der [Stadt Hebron](#) ansässig. In der Stadt befinden sich neben der Höhle Machpela (dem Grab der Patriarchen) auch die Gräber von Othniel Ben Kenaz (dem ersten Richter Israels), Avner Ben Ner (General und Berater der Könige Saul und David) und Ruth und Isaia (Urgrossmutter und Vater von König David). 1929 wurden 67 Juden in einem Pogrom von Arabern ermordet. Die überlebenden jüdischen Bewohner von Hebron wurden aus ihren Heimen vertrieben. Im April 1936 beschloss die britische Mandatsbehörde, alle Juden, die in die Stadt zurückgekehrt waren, zu evakuieren, um weitere Massaker zu verhindern. Die Gebäude in Hebron, in denen heute Siedler leben, gehörten jüdischen Besitzern. (Romano, Sassoon, Lubavitcher Bewegung). 1968 beanspruchte eine Gruppe Juden diese Besitztümer wieder für sich.

Juden können ihre Religion auch unter palästinensischer Verwaltung ausüben

¶ Die Freiheit der Religionsausübung für Juden ist unter palästinensischer Verwaltung nicht gewährleistet. Nachdem israelische Soldaten anfangs Oktober 2000 das [Josefs-Grab](#) in Nablus evakuierten – eine Woche nach Ausbruch der Intifada und nach wilden Beschiessungen des Heiligtums und der dort postierten Soldaten (ein verwundeter israelischer Soldat verblutete am Ort, weil keine Hilfe zugelassen wurde) –, wurde es trotz gegenteiliger Versicherungen der PA von einer wütenden Menge in Brand gesteckt und verwüstet. Palästinensische Sicherheitsleute griffen nicht ein. Manche Experten behaupten, dass das Grab gar kein jüdisches Heiligtum darstelle. Dieses Argument ist unwesentlich. Ausschlaggebend ist, dass Juden das Grab für heilig halten, und dass ausdrückliche palästinensische Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung einer jüdischen Präsenz und zum Schutz des Heiligtums vorlagen. Alle diesbezüglichen Zusicherungen wurden gebrochen.

¶ Vor 1967, als Ostjerusalem unter jordanischer Verwaltung stand, wurde die Klagemauer routinemässig entheiligt und geschändet. Juden war der [Zugang](#) nur beschränkt möglich. In Hebron durften Juden das Grab der Patriarchen nicht betreten. Sie durften bloss bis zur siebten Stufe der Treppe vor dem Heiligtum aufsteigen.

¶ Islamische Behörde verbieten es Juden auch heute ausdrücklich, auf den Tempelberg zu beten. Zwar untersagen auch Rabbiner orthodoxen Juden den Zutritt. da der angebliche einstige Standort der heiligen Lade nicht genau bekannt ist und unwissentlich entweiht werden könnte. Das tut jedoch nichts zur Sache. Wesentlich ist, dass der Wakf, die



islamische Behörde, jüdischen Gläubigen verbietet, ihre Religion an einem heiligen Ort freie auszuüben.

¶ Von islamischen Geistlichen wurden Argumente vorgebracht und [Fatwas](#) veröffentlicht, die der Klagemauer eine religiöse Bedeutung für die jüdische Religion absprechen. U.A. erklärte der Mufti von Jerusalem, Sheich Ikrima Sabri, im Januar 2001, dass die Klagemauer der Ort sei, an dem Prophet Muhammad seinen geflügelten Esel anband. Deshalb gehöre die westliche Stützmauer des Tempelberges auf ewig den Moslems. Solche Äusserungen weisen auf [mangelnden Respekt](#) vor der jüdischen Religion und bedeuten nichts Gutes für eine Zukunft der Religionsfreiheit. Israel seinerseits lehnte islamische Ansprüche über den Tempelberg nie ab, obwohl es selber historische Ansprüche geltend machen könnte. Nach dem Sechstagekrieg übertrug Israel die [Verwaltung](#) aus eigenen Stücken dem [Wakf](#), der palästinensischen, religiösen Behörde.

Israel hält sich nicht an die Unoresolutionen

¶ Es waren die Araber, die den UNO Teilungsbeschluss im Jahre 1947 (Resolution [181](#)) ablehnten. Es geht nicht an, dass sich die eine Seite auswählt, wann sie welche Resolutionen einhalten möchte.

¶ Der englische Wortlaut der Resolution [242](#) aus dem Jahre 1967 verlangt einen teilweisen Abzug aus den besetzten Gebieten („Withdrawal of Israeli armed forces from territories occupied in the recent conflict“). Israel vertritt den Standpunkt, dass es mit dem teilweisen Rückzug aus dem Gazastreifen und aus Cisjordanien die Resolution erfüllt habe. Die Palästinenser stützen sich auf den französische Wortlaut, der den Abzug aus allen besetzten Gebieten verlangt („Retrait des forces armées israéliennes des territoires occupés lors du récent conflit“).

¶ Im Übrigen spricht Resolution 242 allen Staaten das Recht zu, innerhalb sicherer Grenzen zu leben. („... their right to live in peace within secure and recognized boundaries“) Das kann dahingehend interpretiert werden, dass eine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 nicht zwingend vorgeschrieben ist

¶ Als Israel z.B. nach dem Sinai-Krieg die [Resolutionen](#) der UNO-Generalversammlung erfüllte, verliess sich das Land auf die sogenannte [Eisenhower-Doktrin](#), laut der die USA allen Nahost-Staaten, die von Kommunismus bedroht werden, militärische und wirtschaftliche Hilfe garantierten. Diese Garantie, die nach dieser Auseinandersetzung ausgesprochen wurden, war schon 1967 nur noch wenig wert.



¶ Israel erfüllte im Juni 2000 mit dem [Rückzug](#) aus Südlibanon die Unoresolution [425](#) zur vollen Zufriedenheit der Uno, nur um sich dann plötzlich mit weitergehenden Forderungen der Hizbullah Freischärlerorganisation konfrontiert zu sehen ([Shebaa Farms](#)).

Die Verhandlungen wurden wegen der zweiten, von Israel verursachten Intifada unterbrochen

¶ Laut Aussage des palästinensische Kommunikationsminister [Imad Faluji](#) im März 2001 in Beirut, war der palästinensische Gewaltausbruch nach dem Misserfolg der Verhandlungen in Camp David im Juli 2000, vor langem klar geplant und keineswegs geplant.

¶ Israel hatte keinerlei Interesse an der Gewaltwelle. Während israelische Politiker Arafat dazu drängten, die Gewalt einzudämmen oder zumindest öffentlich zu einer Einstellung der Gewalt aufzurufen, forderten Hamas und Djihead unablässig eine Verschärfung der Intifada.

Israel wendet unverhältnismässige Gewalt an

Bei den Zusammenstößen ergriff nicht Israel die Initiative, sondern reagierte auf palästinensische Gewalt. Die Armee suchte nach Möglichkeiten, die gewaltsamen Demonstrationen möglichst ohne tödliche Mittel unter Kontrolle zu bringen. Wasserwerfer sind in solchen Situation aber wirkungslos. Gummimantelgeschosse sind nicht tödlich, wenn sie richtig eingesetzt werden. Allerdings kann mit diesen Geschossen nicht genau gezielt werden, und viele tödliche Verletzungen entstehen, wenn falsche Körperteile getroffen werden.

Nach dem [Lynchmord zweier israelischer Soldaten in Ramallah](#) im Oktober 2000 nach zahlreichen Anschlägen gegen israelische Auto- und Busfahrer auf den Straßen in Gaza und Cisjordanien und nach den Beschiessungen des israelischen Wohnviertels „Gilo“ in Jerusalem begann die israelische Armee Wohnhäuser in der Stadt Beit Jalla (im autonomen Gebiet) und Hauptquartiere der Palästinenser mit Raketen zu beschiessen. Allerdings immer erst nach Vorwarnungen. Nicht nur, dass bei den Beschiessungen niemand ums Leben kam (bis auf einen deutschen Arzt in Beit Jalla), wurde kaum je jemand verletzt! In einem Versuch, die Zivilbevölkerung zu schonen, aber die Rädelsführer zu treffen, schritt die israelische Armee sodann zur sehr fragwürdigen Methode der Liquidierungen. Israel betrachtet die Liquidierungen nicht als Morde sondern als Kriegshandlungen gegen feindliche Elemente.



Ein weiterer Versuch zur Eindämmung der Gewalt war die Absperrung und Abriegelung palästinensischer Städte und Dörfer von der Aussenwelt. Mit dieser Strafmassnahme sollten die Bewohner der betroffenen Ortschaften zur Vernunft gebracht werden. Israel hoffte, dass die Bevölkerung auf die PA einwirken würde. Auch diese Massnahme erwies sich als unwirksam und führte zu internationalen Protesten.

¶ Fazit: „Humane“ Kampfmethoden blieben wirkungslos und wurden geächtet, chirurgische Schläge gegen palästinensische Häuser blieben wirkungslos und wurden geächtet, Kollektivstrafen gegen die palästinensische Bevölkerung blieben wirkungslos, die gezielte Liquidierung vermuteter palästinensischer Strategen und/oder Terroristen-Führer lösten vor allem internationale Proteste aus.

Israel verletzte in Oslo getroffene Abmachungen

Tatsächlich wurden zahlreiche Abmachungen nicht realisiert:

Der nördliche „Sichere Korridor“ existiert nicht. Seine Einrichtung war Gegenstand von Verhandlungen, bevor die Gespräche durch die 2. Intifada abgebrochen wurden.

Flughafen: Der Flughafen Dahaniyeh wurde nach langen Verhandlungen im November 1998 eröffnet. Seit Oktober 2000 ist der Flughafen allerdings nicht mehr in Betrieb.

Seehafen: Es gab verhandlungsbedingte Verzögerungen. Es mussten u.a. mögliche Schädigungen der Umwelt geklärt werden. Im September 2000 wurde ein Abkommen das den Bau des Seehafens regelt unterzeichnet.

- Während die beiden Seiten miteinander verhandelten, wurde der Siedlungsbau forciert. Die israelische Regierung behauptet, dass lediglich das natürliche Wachstum der Siedler berücksichtigt wurde. Gemäss den Palästinensern wurde im März 1998 durch den Baubeginn in Har Homa (in Jerusalem, auf dem Weg nach Bethlehem) durch die Israeli bewusst eine Unterbrechung der Verhandlungen provoziert.

Israel behauptet, dass vor allem die Palästinenser die Oslo Verträge nicht einhalten.

Laut den Verträgen von Oslo müssen alle Differenzen am Verhandlungstisch oder durch Schiedsgerichte geregelt werden. Jegliche Gewaltanwendung ist verboten. Seitens der wurde dies wiederholt missachtet. a) „Tunnel Aufruhr“ (September 1996), b) „Naqba Proteste“ (Mai 2000), c) „Al Absah Intifada“ (Herbst 2000).

Die PA toleriert stillschweigend den Terror gegen Israel. (die Israeli verfügen über Beweise, dass auch Mitglieder von Yasir Arafats Leibgarde „Force 17“ an Anschlägen mitwirkten)



TATSACHEN & ARGUMENTE

Palästinensische Politiker und islamische Geistliche hetzen die Bevölkerung in öffentlichen Reden und über die palästinensischen Medien zu Gewalt auf.

Die Freischärler in den autonomen Gebieten wurden nicht entwaffnet.

Die [Anzahl der Polizisten](#) in den autonomen Gebieten ist viel höher als in den Oslo Abkommen bewilligt.

Vermutete Terroristen befinden sich in den autonomen Gebieten auf freiem Fuss.



Israelische Polizisten töteten in Nordisrael 13 Araber

Der von der israelischen Regierung im Oktober 2000 in Auftrag gegebene und im September 2003 publizierte [Orr-Bericht](#) bemängelt schwerwiegende und tragische Fehlleistungen der israelischen Polizei. Es ist aber nicht zu übersehen, dass auch arabische Politiker Mitverantwortung an den tragischen [Ereignissen](#) tragen. Die Orr-Kommission bezichtigt in diesem Zusammenhang den islamischen Führer [Sheich Raed Salah](#) und die Knessetabgeordneten [Abdul-Malik Dehamshe](#) und [Azmi Bishara](#) der [Aufwiegelung](#).

Israelische Soldaten richteten in Jenin ein Massaker an

Das beim Einmarsch (Wiedereroberung) der Stadt Jenin im (Monat) 2002 der israelischen [Armee](#) angelastete [Massaker](#) stellt sich als völlig [falsches](#) Gerücht heraus, das zahlreiche Journalisten und Medienleute ungeprüft in die Welt verbreiteten!

Israel baut eine "Apartheid"-Mauer.

¶ Israel sah sich genötigt, den Zugang zu seinem Territorium physisch zu sichern, um andauernde Infiltrationen von palästinensischen Terror-Kommandos zu verhindern, da die Palästinenser selbst keine Massnahmen zu deren Verhinderung in die Wege leiteten.

¶ Das wirkliche Problem ist nicht der Zaun an sich, sondern die Tatsache, dass der Verlauf des Schutzwalls nicht der [grünen Linie](#), d.h. der ehemaligen Staatsgrenze entspricht.

¶ Palästinenser besitzen kein Recht auf freien Zugang nach Israel. Deswegen ist in diesem Zusammenhang der Begriff "[Apartheid](#)" völlig abwegig.

Die Palästinenser haben sich zu einer friedlichen Lösung des Konflikts verpflichtet, aber Israel hintertreibt diese Bemühungen.

¶ Arafat hat die Idee, seine Ziele eines palästinensischen Staates, mittels bewaffneten Kampfs zu erreichen, nicht aufgegeben. Er war und ist selbst an der Planung von Terrorakten [beteiligt](#).

¶ Die israelische Armee fand [Dokumente](#), die Arafat direkt mit dem Terror in Zusammenhang bringen.

¶ Die Palästinenser benützen [seit Jahren](#) sowohl [Schiffe](#) als auch [Tunnels](#), um Waffen nach Gaza zu [schmuggeln](#).



Die gezielten Tötungen von Militanten durch die israelische Armee spotten der Rechtsstaatlichkeit

¶ Die Palästinenser, insbesondere die militanten Organisationen, haben Israel den Krieg erklärt. Im Krieg muss todbringende Gewalt angewendet werden. Israel kann es sich nicht leisten seine Gegner zu schonen.

¶ Laut Anweisung des [Rechtsberaters der Regierung](#) dürfen bloss sogenannte "tickende Bomben" [liquidiert](#) werden. Regierung und Armee legen diesen Begriff manchmal sehr weit aus und definieren auch Hinterleute und Planer von bevorstehenden Attentaten als tickende Bomben.

¶ Israel sieht sich immer dann zu „Liquidierungen“ gezwungen, wenn die palästinensische Behörde Hinweise auf Extremisten missachtet, d.h. Militante ungestraft gewähren lässt.

¶ Rechtsstaatlichkeit ist für die Palästinenser auch kein Thema, wenn sie verlangen, dass Gefangene -- verurteilte Verbrecher -- auf [freien Fuss](#) gesetzt würden.

Bei den Tötungsaktionen kommen jeweils zahlreiche Zivilisten ums Leben.

¶ Die palästinensischen Extremisten halten sich oft unter der Zivilbevölkerung auf. Auch Waffenschmieden und Labors zur Herstellung von Bomben und Raketen befinden sich oft mitten in Wohnquartieren.

¶ Insbesondere nach dem Angriff gegen den Hamasführer [Shehade](#) verzichtete Israel öfters darauf, schwere Bomben einzusetzen, damit [keine unschuldigen Zivilisten](#) zu Schaden kommen.

Israel hat alle Waffenstillstandsabkommen mit den islamistischen Organisationen hintertrieben

¶ Israel forderte von der PA die Entwaffnung der Extremisten und die Zerschlagung ihrer Organisationen (Hamas und islamischer Jihad). Die PA war lediglich zu einer [Hudna](#) (Waffenstillstand) bereit, da sie sonst einen Bürgerkrieg zu befürchten hatten. Dies war für Israel nicht anzunehmen. Waffenstillstandsabkommen gaben extremistischen Organisationen bekanntlich die Gelegenheit zur Aufrüstung und Neuorganisation.



LINKS

a) Tatsachen

www.israel-mfa.gov.il

Offizielle Webseite des israelischen Aussenministeriums

<http://www.monde-diplomatique.fr/focus/mideast/contents-en>

Die „Oslo Verträge“ können (in englischer Sprache) bei der Website von „Le Monde Diplomatique“ eingesehen werden. Allerdings fehlen die Anhänge.

www.bitterlemons.org

Bitterlemons ist eine israelisch-palästinensische Internet Publikation, die von Akademikern beider Seiten redigiert wird

b) Argumente:

www.womeningreen.org

„Women in Green“ ist eine Organisation rechtsgerichteter Frauen in Israel. Die Argumente, die sie vorbringen, haben oft einen richtigen Kern sind aber meist etwas zu simplistisch.

c) weiterführende Links

www.hebron.org.il

Webseite der israelischen Siedler in Hebron

www.israelbehindthenews.com

privat finanzierte Nachrichtenagentur in Israel, die den Standpunkt der Siedler wiedergibt

www.imra.org.il

„Independent media review and analysis“ beobachtet und analysiert die palästinensischen Medien

www.peace-now.org

„Peace Now“ ist die linksgerichtete Friedensbewegung in Israel. Sie beobachtet unter anderem die israelische Bautätigkeit in den Siedlungen.

<http://www.jewishvoiceforpeace.org/resources/geneva/GenevaLinks.html>

Informationen zur Geneva-Initiative

www.debka.com

Debka ist ein Nachrichtendienst, der sehr schnell ist und auch viele Hintergrundberichte bringt. Allerdings ist die Organisation etwas rechtslastig.